

Postulat

Sexismus und sexuelle Gewalt: Nicht in meinem Parlament!

SP-Fraktion und Mitunterzeichnende

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen:

- interne Massnahmen zu ergreifen, die zum Ziel haben, Sexismus, sexuelle Belästigung und geschlechtsspezifische Gewalt im Stadtrat zu bekämpfen.
- eine interne Beschwerde- und Untersuchungsstelle für die Mitglieder des Stadtrates einzurichten.
- disziplinarische Massnahmen gegen Täterinnen und Täter zu ergreifen.
- entsprechende Weiterbildungen für alle Mitarbeitenden des Parlaments anzubieten.
- entsprechende kommunikative Massnahmen zur Information, Sensibilisierung und Prävention zu ergreifen.

Begründung

Im Oktober 2018 haben die Parlamentarische Versammlung des Europarats sowie die Interparlamentarische Union eine Studie veröffentlicht zu Sexismus, Belästigungen und Gewalt gegenüber Frauen in den Parlamenten europäischer Länder.¹ Die Ergebnisse dieser Studie sind alarmierend: Mehr als 85% der Parlamentarierinnen und der Parlamentsmitarbeiterinnen wurden im Lauf ihrer Tätigkeit mit sexueller Gewalt konfrontiert. Fast 60% dieser Frauen wurden Ziel von sexistischen Attacken auf Social Media. Die Tatsache, dass Parlamentarierinnen derart häufig Opfer von Beleidigungen, von sexistischen Bemerkungen und auch von sexueller Gewalt werden, ist mitunter ein Grund dafür, dass Frauen sich politisch weniger engagieren. Wenn Frauen besser vor Belästigung und Gewalt geschützt sind, werden sich mehr Frauen für Parlamentsmandate bewerben. Sexismus und sexuelle Gewalt dürfen im Parlament nicht toleriert werden. Auch Parlamentsmitarbeiterinnen müssen von besonderen Schutzmassnahmen profitieren, zumal auch sie im Politikumfeld arbeiten und – gemäss Studie – von derselben sexualisierten Gewalt betroffen sind.

Die Parlamentsmitglieder vertreten die Bevölkerung: Das Parlament als solches hat deshalb eine Vorbildfunktion gegenüber anderen Institutionen und Betrieben. Als Volksvertreterinnen und Volksvertreter müssen wir eine klare Botschaft aussenden: In unserer Gesellschaft haben Ungleichheit, Sexismus und Gewalt keinen Platz. Es braucht wirksame Sanktionen gegenüber Täterinnen und Tätern. Es ist nie einfach, Gewalt und Diskriminierung öffentlich zu machen. Viele Betroffene haben Angst vor negativen Folgen. Umso wichtiger ist es, dass es Angebote gibt, bei denen die Vertraulichkeit gewahrt bleibt, und wo sich Opfer ohne Angst hinwenden können. Wenn der Vorwurf berechtigt ist, braucht es Sanktionen, um weitere Übergriffe zu verhindern.

Daneben spielen Prävention und Sensibilisierung eine wichtige Rolle. Entsprechende Kampagnen und Ausbildungen helfen, Übergriffen vorzubeugen. So können sich Frauen ebenso wie Männer sicherer fühlen. Solche Veränderungen können einen Beitrag dazu leisten, das Engagement der Frauen in der Politik erhöhen und tragen so auch zur Gleichstellung bei.

Dringlichkeit: Wird nicht verlangt.

Thun, 16.Mai 2019

Handwritten signatures in black and blue ink, including a large signature in black ink and several smaller ones in blue ink.

¹ <http://website-pace.net/documents/19879/5288428/20181016-WomenParliamentIssues-FR.pdf/468c8b33-1d60-47ea-94f6-1f1a8ef3dd55>.